Zeitschrift: Diskussion : Magazin für aktuelle Gewerkschaftspolitik
Herausgeber: Diskussion
Band: - (1993)
Heft: 20: Krise crisi crise : Arbeitslosigkeit

Artikel: Trauerspiel um gewerkschaftliche Konjunkturpolitik
Autor: Peters, Oliver
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-584133

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

THEMA

TRAUERSPIEL UM GEWERKSCHAFTLICHE KONJUNKTURPOLITIK

Herbst 91: Die Konjunkturprognostiker mit rosigen Zukunftsbildern:

Die Jahrestagung der Basler Arbeitsgruppe für Konjunkturforschung (BAK) im Herbst 1991 wird uns unvergessen bleiben. Dafür hat einerseits BAK-Chef Koellreuter selbst gesorgt, der mit dem ihm eigenen Autoverkäufer-Charme einem staunenden Publikum verkündete, der wirtschaftliche Wendepunkt (nach oben natürlich) liege nicht vor, sondern hinter uns. Dafür sorgte aber auch Beat Kappeler, der einem sichtlich gerührten Publikum von Unternehmern, Ökonomen und Journalisten stolz erzählte, dass er den Sommer damit verbracht habe, seine Kollegen in den Gewerkschaften davon zu überzeugen, die Hände von konjunkturpolitischen Forderungen zu lassen.

VON OLIVER PETERS

Seither sind anderthalb Jahre vergangen. Ein zaghafter Aufschwung wird heute frühestens auf Ende 94 erwartet, die offiziellen Arbeitslosenzahlen liegen nahe bei 150 000. Die Schweizer Gewerkschaften scheinen grösstenteils den Ernst der Lage weiterhin überschlafen zu wollen.

Januar 92: Die GBH veröffentlicht Konjunkturprogramm

Nach anhaltender – und, wie obige Geschichte zeigt, durchaus beabsichtigter – Untätigkeit des SGB wurde im Januar 1992 in der damaligen GBH ein sogenanntes konjunkturpolitisches Sofortprogramm ausgearbeitet.

Diese Papier forderten

- eine dosierte Lockerung der Geldpolitik durch die Nationalbank;
- einen Aufschwung der Budgetsanierung (der öffentlichen Haushalte), bis ein deutlicher Aufschwung dies als angemessen erscheinen liesse;
- eine Beschleunigung der Förderung des günstigen Wohnungsbaus;
- einen Investitionsbonus für Unterhalt und Erneuerung von gemeindeeigenen Bauten;
- das Vorziehen von Projekten im Bereich des öffentlichen Verkehrs;
- Diverse Verbesserungen in Leistungen und Präventivmassnahmen der Arbeitslosenversicherung.

Als mittelfristige Massnahmen wurde eine Verstetigung der öffentlichen Baunachfrage, eine Liberalisierung des Schweizer Arbeitsmarktes (Ausstieg aus dem Saisonnierstatut) und eine Weiterbildungsoffensive für nicht-gelernte ArbeitnehmerInnen postuliert.

Februar 92: Das GBH-Programm wird vom SGB übernommen:

Im Februar 1992 ist dann dieses GBH-Papier vom SGB praktisch 1:1, d.h. ohne grössere Ergänzungen durch andere Verbände übernommen und der Presse vorgestellt worden. Die Reaktionen der bürgerlichen Presse und der politischen Linken waren recht feindselig, wobei sich die Argumente zumeist in bester neoliberaler Tradition grundsätzlich gegen jedes konjunkturpolitisches Eingreifen des Staates wandten. Kritisiert wurde am liebsten das zu späte, d.h. prozyklische, Wirken staatlicher Massnahmen und deren «strukturerhaltende» Wirkung. Erneut wurde der «Wiederaufschwung» als kurz bevorstehend deklariert. Daneben wurden von grüner Seite Umweltargumente (gegen Wachstum an sich, gegen staatliche Investitionsprogramme im besonderen) vorgebracht, und von feministischer Seite wurde argumentiert, «Beschäftigungsprogramme für Arbeitslose im Baugewerbe» zementierten die einseitige Ausrichtung von Bildungs- und Beschäftigungsprogrammen auf Männer-Arbeitsbiographien. Schliesslich wurde an den konjunkturpolitischen Forderungen gerne eine gewisse Baulastigkeit kritisiert.

Die Diskussion polarisierte sich in der Öffentlichkeit zu einer Auseinandersetzung «verstaubte Baugewerkschaft gegen modernistische Laissez-faire-PolitikerInnen». Es ist nicht gelungen, innerhalb von Gewerkschaften, SP und politischen Parteien eine konstruktive Diskussion aufzubauen, in der es möglich gewesen wäre, verschiedene Ansätze zu diskutieren und zu integrieren. Dafür wog wohl das ideologische Gewicht der neoliberalen Welle zu schwer auf der Schweizer Linken ...

Die meisten in der Debatte gegen die gewerkschaftlichen Forderungen kritisch vorgebrachten Argumente hätten durchaus Bestand gehabt gegenüber den offiziellen Anti-Krisen-Massnahmen der 70er Jahre. Mit dem GBH / SGB-Programm des Jahres 1992 hatten sie relativ wenig zu tun:

- Was die Wirkungsverzögerung betrifft: Die Forderungen im Bereich Wohneigentumsförderung und Investitionsbonus sind nachweisbar sehr kurzfristig wirksam und haben einen hohen Mukltiplikatoreffekt, der nicht nur im Bau wirksam wird.
- Das Argument Strukturerhaltung greift darum kurz, weil der Bau traditionell einem sehr starken konjunkturellen Auf und Ab ausgesetzt ist, der regelmässig zur Vernichtung von Arbeitsplätzen, Qualifikationen und Kapazitäten führt, was weder ökologisch noch sozial wünschbar ist. Darüber hinaus richten sich die geforderten Massnahmen an den günstigen Wohnungsbau und den Renovationssektor, die einer sozialen Notwendigkeit entsprechen und als zukunftsträchtige Sektoren der Bauwirtschaft bezeichnet werden können.
- Das Umweltschutzargument ist darum fehlgeleitet, weil staatliches Nichteingreifen heute keinerlei Gewähr dafür bietet, dass morgen (im

Aufschwung) sich nicht die bekannten Betonierungsorgien wiederholen, und weil sich die geforderten Massnahmen darauf richten, heute notwendige Renovationsarbeiten trotz Budgetschwierigkeiten durchzuführen und damit in der Zukunft kostspielige und unsinnige Abbruch- und Neubauübungen zu verhindern.

● Das feministische Argument der einseitigen Ausrichtung auf Männer-Arbeit geht schliesslich darüber hinweg, dass natürlich auch Bauprogramme via volkswirtschaftlichen Kreislauf z.B. im Dienstleistungssektor arbeitsplatzwirksam sind. Es ist aber insofern berechtigt, als es tatsächlich sinnvoll und notwendig wäre, auch in den Nicht-Baubereichen (z.B. im Gesundheits- oder im Sozialbereich) den Nachweis und die Forderung nach sinnvollen und frauengerechten Arbeitsplätzen zu erheben.

März 1993: Die Gewerkschaften erringen wichtige Teilerfolge ...

Das Konjunkturprogramm von GBH und SGB ist bisher trotz der beschriebenen feindseligen Aufnahme in zwei wichtigen Punkten erfolgreich gewesen: Einerseits ist die Wohnbauförderung des Bundes im Sommer 1992 massiv ausgeweitet worden, womit heute rund 50% der schweizerischen Wohnbauproduktion (insbesondere im günstigen Bereich) staatlich vorfinanziert wird.
Andererseits ist der Investitionsbonus für Renovationsvorhaben der Gemeinden in der März-Session – mit «knurrender Zustimmung» der Bürgerlichen angenommen worden, was ein kurzfristiges Arbeitsvolumen von 1,7 bis 2 Mia. Franken in den Schweizer Städten auslösen wird.
Schliesslich haben in den letzten Wochen verschiedene kantonale Regierungen begonnen, antizyklische Massnahmen, Beschäftigungsprogramme usw. zu beschliessen, was in einzelnen Fällen zweifelsfrei und direkt auf Initiativen von Gewerkschaften (v.a. der GBI) zurückzuführen ist.

Der Grund für diese Teilerfolge scheint mir darin zu liegen, dass von gewerkschaftlicher Seite bewusst versucht wurde, Forderungen aufzustellen, die einem nachgewiesenen sozialen Bedürfnis entsprechen und für die Rechte entsprechend schwieriger zu kontern sind (v.a. Wohnungsfrage) und dafür auch der notwendige Druck von aussen aufgebaut wurde (mit Mieterorganisationen, Gemeinden usw.). Es mag auch eine Rolle gespielt haben, dass sich die internationale Diskussion durch die Wahl von Präsident Clinton in den USA und die massiven Konjunkturankurbelungsmassnahmen der Japaner verschoben hat. Schliesslich scheint sich in den letzten Wochen u.a. dank der erfolgreichen Mobilisierung und dem breiten Medienecho um die Demonstration von Arbeitslosenkomitees und einzelnen Gewerkschaften vom 20. Februar eine gewisse Sensibilisierung der Öffentlichkeit gegenüber der Arbeitslosigkeit entwickelt zu haben.

Ende März 1993 ist es nun endlich soweit, dass auch der SGB mit einem umfassenderen Aktionsprogramm an die Öffentlichkeit tritt und ihm sowie der Demonstration vom 27. März hoffentlich auch weitere Taten folgen lässt.

... zahlen aber den Preis für die Verspätung

Beunruhigend an der bisherigen Diskussion über die Konjunkturankurbelung scheint mit einerseits, wie weit verbreitet das heute modische neoliberale Laissez-faire auch in den Reihen von SP und Gewerkschaften ist, bzw. wie sehr sich der Schweizerische Gewerkschaftsbund in der Praxis bereits von der Politik verabschiedet hat (siehe Vorstellung eines neuen SGB-Konjunkturprogramms und nationale Demonstration vom 27. März **nach** der entscheidenden Parlaments-Session).
Vielleicht noch beunruhigender ist aber, wie wenig Vorstellungen die einzelnen Gewerkschaften in 2 1/2 Jahren Wirtschaftskrise und Budgetkürzungen in ihren eigenen Bereichen entwickelt haben, um zu zeigen, wo gesellschaftlich nützliche Produkte und Dienstleistungen machbar und förderungswürdig wären. Langfristig wird es nicht möglich sein, Arbeitsplätze im privaten oder im öffentlichen Bereich zu verteidigen, geschweige denn zu schaffen, wenn wir nicht fähig sind, nachzuweisen, dass es sinnvolle und zukunftsträchtige Arbeitsplätze sind. Dabei wird auch eine bewusste Zusammenarbeit mit den EndabnehmerInnen solcher Produkte und Dienstleistungen gesucht werden müssen. Es ist zu hoffen, dass eine Zusammenarbeit von GBI und Mieterverband (oder VPOD und Elternvereinigungen in der Westschweiz) ihre Fortsetzung in anderen Bereichen finden wird.

Das lange Schweigen des SGB zur Wirtschaftskrise und die fehlenden Vorstellungen der meisten Verbände zu sinnvollen Massnahmen in ihrem jeweiligen Bereich machen es heute schwierig, den wichtigen ideologischen Teilerfolg über die neoliberale Rechte (siehe das NZZ-Gezeter wider den «konjunkturpolitischen Aktivismus») als gewerkschaftlichen Erfolg zu verkaufen und darauf aufbauend in der Frage der Arbeitszeitverkürzung oder der Weiterbildung nichtqualifizierter ArbeitnehmerInnen einen Schritt weiterzukommen.

■